

Universitätsstadt Tübingen
Fachbereich Finanzen
Berthold Rein, Telefon: 204-1220
Gesch.Z.:20/200/903-03 (2011)

Vorlage 811a/2010
Datum 17.02.2011

Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im: -----

**Betreff: Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum Entwurf der
Haushaltssatzung 2011**

Bezug: Vorlage 800/2010 Entwurf Haushaltsplan 2011

Anlagen: 1 Bezeichnung: Synopse (Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum Haushalt 2011) **mit
Anmerkungen der Verwaltung**

Zusammenfassung:

Zu den Fraktionsgesprächen am Dienstag, 15.02.2011 wird eine ergänzte Synopse als Vorlage 811a/2010 vorgelegt. Dazu wurde die bereits versandte Vorlage 811/2010 um eine Spalte „Stellungnahme der Verwaltung“ erweitert. Die Angaben in der Vorlage 811/2010 sind unverändert in der Vorlage 811a/2010 enthalten sodass es sich anbietet, für die Haushaltsberatungen nur noch die neue Vorlage zu verwenden.

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2011

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne 14	CDU 8	SPD 7	FDP 3	Linke 3	UFW 3	W.U.T. 2	Bemerkungen	Stellungnahme der Verwaltung
88	SN 2	5009	Sammelnachweis 2	3.459.500		-200.000	-200.000	-400.000		-200.000	-705.950	<p>CDU: Entgegen Änderungsliste nur um 200.000 € aufstocken</p> <p>SPD: Geringere Erhöhung im Vergleich zur Änderungsliste in 2011</p> <p>FDP: Solange hierfür kein zwingender, nach Einbringung des Haushalts aufgetretener Grund dargelegt wird, trägt die Fraktion dies nicht mit.</p> <p>UFW: Aufstockung nur um 200.000 €</p> <p>WUT: Veranschlagte Kosten können wegen der in den letzten Jahren durch Konjunkturpaket finanzierte Maßnahmen vorübergehend um mindestens 10% eingeschränkt werden.</p>	Siehe Stellungnahme unten:
<p>Die für den SN2 angemeldeten Mittel in einer Gesamthöhe von 3.059.500 € setzen sich wie folgt zusammen (nachzulesen Seite 88 u.89 des HH-Entwurfs 2011):</p> <ul style="list-style-type: none"> - ca. 40 % für Wartungsarbeiten und Kleinreparaturen - ca. 14 % für Abbau des Sanierungsrückstaus gem. Sanierungsliste - ca. 33 % für aktuell anstehende Einzelmaßnahmen/-reparaturen - ca. 13 % für Beseitigung von aktuellen Brandschutzmängeln <p>Für Abbau der bekannten Sanierungsrückständen in geschätzter Höhe von ca. 40.000.000 € stehen im aktuellen Jahresbudget 2011 lediglich 417.800 € zur Verfügung. Ein Defizit in Sachen Sanierung ist somit offensichtlich. Nach Empfehlung der KGSt ist ein Betrag in Höhe von 1,2 % des Wiederbeschaffungswertes der Liegenschaften erforderlich.</p> <p>Bei einer Aufstockung um 400.000 € schlägt die Fachabteilung Hochbau folgende zusätzliche Maßnahmen vor:</p> <p><u>Grundschule WHO:</u> 25.000 € für die Erneuerung des undichten Blechdaches über dem Treppenhaus</p> <p><u>Anbau Kulturhalle Nonnengasse 19:</u> 30.000 € für Erneuerung der Dachabdichtung mit zusätzlicher Verstärkung der Dämmung wegen Feuchteintritt im Nachbargebäude.</p> <p><u>Hermann Hepper-Halle:</u> 80.000 € für Sanierung der Besucher WC-Anlagen.</p> <p><u>Mehrzweckhalle Hirschau:</u> 65.000 € für Sanierung Verteiler und Schaltschränke, sowie Herstellen einer Einbringöffnung. Es ist 2011 vorgesehen im Rahmen eines Energiecontractings mit den SWT die Heizanlage der Mehrzweckhalle zu erneuern und über Fernleitung die Schule mit anzuschließen. Die in der Grundschule frei werdenden Flächen werden für Betreuungsaufgaben umgebaut (Mittel hierzu sind gesondert angemeldet). Um die Kosten der Fernwärme durch heizungsfremde und sanierungsbedingte Maßnahmen nicht exorbitant in die Höhe zu treiben, werden diese Maßnahmen zur Eigenfinanzierung vorgeschlagen.</p> <p><u>Mehrzweckhalle Pfrondorf:</u> 200.000 € für die Erneuerung der Dachabdichtungsarbeiten, Erneuerung der Lichtkuppeln, mit zusätzlicher Verstärkung der Dämmung nach EnEV. Vorhandene Dachfläche ist 37 Jahre alt und die Dämmung durch Wassereintritte durchfeuchtet. Eine Reparatur einzelner Bereiche macht daher keinen Sinn und ist unwirtschaftlich.</p>													
++	+++ +	4000	Personalausgaben, Reinigungskräfte							-4,80 AK		LINKE: Keine Fremdvergabe	Vorlage 507a/2009, Bericht in 2011, Mehrkosten bei eigenen Reinigungskräften 40.000 € bis 75.000 € pro Jahr.
Epl. 0	0000		Gemeindeorgane										
122	0000	4000	Personalausgaben	941.210		-150.000					-150.000	<p>CDU: Stellenbesetzungssperre 3 Monate</p> <p>UFW: 3 Monate Stellenbesetzungssperre</p>	Die Verwaltung hat im Rahmen der Haushaltskonsolidierung erhebliche personelle Einsparungen bewältigen müssen. Die Belastung durch eine weitere Wiederbesetzungssperre ist nicht leistbar, ohne dass gravierende Mängel bei der Aufgabenerledigung auftreten.
Epl. 0	0015		Bürgerschaftliches Engagement, Familie, Senioren und Menschen mit Behinderung										
124	0015	6630	Koordinierungsstelle für Menschen mit Behinderungen; Projektmittel	10.000	+10.000		+10.000					<p>AL/Grüne: Entsprechend Vorschlag Koordinationstreffen, gegenfinanziert mit Barrierefreien Maßnahmen</p> <p>SPD: Barrierefreie Maßnahmen außerhalb des Baubereichs; Gegenfinanzierung im VmHH</p>	
Epl. 0	0355		Fachabteilung Gebäudewirtschaft										
150	0355	4000	Stelle Energiebeauftragter			-20.000						CDU: Stelle Energiebeauftragter nicht schaffen	siehe Vorlage 422/2010, Kosten der Stelle bei swt: 57.900 €, Kosten der städtischen Stelle: 51.000 €.
150	0355	5110	Beseitigung von Vandalismusschäden	45.000	-22.500							AL/Grüne: Annäherung an Rechnungsergebnis	

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2011

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne 14	CDU 8	SPD 7	FDP 3	Linke 3	UFW 3	W.U.T. 2	Bemerkungen	Stellungnahme der Verwaltung
Epl. 0 0550 Gleichstellung und Integration													
157	0550	7000	Zuschüsse an Vereine	201.160	+6.310		+5.750		+6.310			AL/Grüne: Reduzierung des Zuschusses für Vereine mit Wirkung ab 2012, Gleichbehandlung mit anderen Sozialvereinen. SPD: 3.750 € für Personalstelle Öffentlichkeitsarbeit Frauenprojektehaus. Sperrvermerk: 2.000 € Zuschuss NOFRA, Bericht im Ausschuss, Erarbeitung Gesamtkonzept unter Beteiligung anderer Städte und Gemeinden im Landkreis. Zuschüsse ab 2012 nur um 7,5% kürzen, analog Sozialbereich. LINKE: Keine Kürzungen im Bereich der Gleichstellung für Vereine und Einrichtungen Mädchentreff, Notruf - Frauen gegen Vergewaltigung, Tima, Pfanzkerle, Frauenprojektehaus, Frauen helfen Frauen e.V. Interventionsstelle und Beratungsstelle, BAF, Frauencafe, Asylzentrum, ESG Deutschkurse für Asylbewerber und Aussiedler im Schlattehaus	
157	0550	7010	Bildungs- und Sprachförderung	50.000								SPD: HH-Vermerk: Daraus Anschlagfinanzierung für Pueblito Viejo	
Epl. 0 0810 Einrichtungen für Verwaltungsangehörige													
165	0810	4000	Personalausgaben	2.376.270					+821.760			LINKE: Auszubildende werden 24 Monate als Vollzeitkräfte übernommen. (Anmerkung: Berechnung der Verwaltung)	Mit dem interfraktionellen Antrag vom 11.03.2010 zum Haushalt 2010 wurde in Anlehnung an die Vorlage 31a/2010 die Weiterbeschäftigung der Azubis mit 6 Monaten, Beschäftigungsumfang 75%, Einstufung in Entgeltgruppe 5 beschlossen. Dies war Teil der Haushaltskonsolidierung. Die Personalvertretung war entsprechend beteiligt.
Epl. 1 1100 Öffentliche Sicherheit und Ordnung													
168	1100	1001	Gebühren Ordnung und Gewerbe	470.000	+100.000							AL/Grüne: Annähernde Kostendeckung bei Waffenkontrollen und Waffenverwaltung erreichen.	Mit der jetzigen Kalkulation in der am 26.07.2010 beschlossenen Satzung werden max. 40.000 € pro Jahr erzielt. Das RP hat zwischenzeitlich reklamiert, dass die Gebühr pro angefangene Stunde zu einer Überdeckung führen könnte, weil nur die einzelne Kontrolleleistung und nicht der waffenrechtliche Gesamtaufwand einbezogen werden könne. Deshalb geht die Verwaltung nicht davon aus, dass Mehreinnahmen darüber hinaus erzielt werden können.
Epl. 1 1300 Feuerlöschwesen													
172	1300	4000	Personalausgaben	1.226.410			+200.000					SPD: Umsetzung Brandschutzbedarfsplanung (4 Stellen, wie berichtet). Die Verwaltung wird gebeten am 21.2. zu berichten, welche Belastungen auf die Mifriki zukommen.	Diese 4 Stellen wurden in die 2. Änderungsliste (Vorlage 810a/2010) aufgenommen. Es wird derzeit geprüft, ob und inwieweit der darüber hinausgehende Personalbedarf durch Stärkung des Ehrenamtes (zumindest teilweise) abgedeckt werden kann.
Epl. 2 2910 Schulsozialarbeit/Hausaufgabenhilfe													
211	2910	4000	Personalausgaben	309.380	+40.000		+17.000					AL/Grüne: Ausbau der Schulsozialarbeit nach Vorlage eines Konzepts, finanziert durch Ausstieg aus der allgemeinen Subventionierung des Schullebens. SPD: Zwei halbe Stellen Schulsozialarbeit ab September. Sperrvermerk: Konzept im Ausschuss. FDP: Entlastungen, die sich aus dem Bildungs- und Teilhabepaket ergeben, sollen im wesentlichen für den Ausbau der Jugendsozialarbeit an den Schulen eingesetzt werden.	
Epl. 2 2913 Schulleben													
215	2913	5711	Förderung des Schullebens	124.800	-40.000							AL/Grüne: Ausstieg aus der allgemeinen Förderung des Schullebens ab 9/2011. Umschichtung zur Schulsozialarbeit. FDP: Die Förderung des Schullebens soll - von evtl. notwendig bleibenden Förderungen im BonusCard-Bereich abgesehen - ab September 2011 eingestellt werden.	

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2011

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	lt. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne 14	CDU 8	SPD 7	FDP 3	Linke 3	UFW 3	W.U.T. 2	Bemerkungen	Stellungnahme der Verwaltung
Epl. 3	3010		Städtepartnerschaften, Internationaler Austausch										
227	3010	5804	Partnerschaft Afrika	10.000	+5.000							AL/Grüne: Aus Budgetresten, Umschichtungen im JA oder mit Mehreinsatz von max. 5.000 € einmalige Konzepterstellung Partnerschaft mit Moshi.	
Epl. 3	3310		Theater										
232	3310	7010	Zuschuss an LTT	1.067.620	-90.000							AL/Grüne: Keine Zuschusserhöhung	
Epl. 3	3400		Sonstige Kunstpflege										
234	3400	7000	Zuschüsse an Kulturvereine	500.210	-7.570	+47.150			+47.150	+47.150	+47.150	AL/Grüne: Keine Einzelfall-Rücknahme der Kürzung bei d.a.i. und ICFA. Vermerk: 7.500 €, die für Kulturnacht 2011 vorgesehen waren, als Notfalltopf, Verwendungsvorschläge im Ausschuss vorstellen. CDU: Keine Kürzungen wie in Vorlage 901i/2010. Von den zunächst vorgesehenen Kürzungen in Höhe von 54.720 € sollen gemäß Änderungsantrag der Verwaltung die Kürzungen für DAI und ICFA in einer Gesamthöhe von 7.570 € zurückgenommen werden. Der dann noch freie Sparbetrag in Höhe von 47.150 € steht in keinem Verhältnis zu den gravierenden Auswirkungen für die betroffenen Vereine und Organisationen. LINKE: Zuschüsse nicht kürzen, da Kreisumlage gesenkt wurde. Jazz Club-Tübingen, Jazz-im-Prinz-Karl, Jazz-Klassik-Tage e.V. - geplante Streichungen zurücknehmen. UFW: Keine Kürzungen nach Vorlage 901i/10, Abzgl. DAI und ICFA, diese auch nicht einsparen. WUT: Veranschlagung wie im Vorjahr. Wichtiges Signal zur Unterstützung und zum Erhalt der vielfältigen Kulturvereine.	Siehe Stellungnahme/Brief von Oberbürgermeister Palmer vom 13.01.2011
Epl. 3	3410		Heimathilfe										
236	3410	6753	Ersätze an Eigenbetrieb KST	5.000		+13.000				+13.000		CDU: Keine Kürzung bei Weihnachtsbäumen in den Stadtteilen. UFW: Weihnachtsbäume in den Stadtteilen.	
Epl. 3	3350		Sonstige Volksbildung										
242	3350	6300	Information und öffentliche Bildung	5.000								SPD: HH-Vermerk: Daraus Druck des Informationsblattes der Astronomischen Vereinigung durch die Hausdruckerei.	
Epl. 4	4010		Sozialhilfiverwaltung										
247	4010	4000	Personalausgaben	1.332.410					+23.000			LINKE: 0,5 Stelle Sozialarbeit, keine Stellenstreichung	Die Aufgabe Streetwork wird zukünftig vollständig an die Bruderhaus Diakonie übertragen. Deshalb werden die Personalkosten reduziert und wird der Zuschuss für Streetwork erhöht.
Epl. 4	4300		Altenhilfe Tübingen gGmbH										
249	4300	7150	Zuschuss an AHT	40.000					+150.000			LINKE: Zinsbelastung von 150.000 € soll von der Stadt übernommen werden	
Epl. 4	4360		Betreuung und Unterbringung von Asylbewerbern										
254	4360	5770	ÖPNV-Fahrkarten für Asylbewerber	1.980	+5.020				+18.020			AL/Grüne: Ziel: Drittelparitätische Finanzierung durch Landkreis, Stadt, und Kirche/andere Spender, Gesamtbedarf ca. 21.000 €. LINKE: Tübus umsonst für Flüchtlinge in Weilheim.	
Epl. 4	4600		Jugendhäuser/Offene Jugendarbeit										
255	4600	4000	Personalausgaben	975.350					+21.700			LINKE: 0,5 Stelle für Sozialarbeit wegen Schließung Wanne nicht streichen, wird dringend benötigt an anderer Stelle z.B. Streetworker.	Konsolidierungsvorschlag 5_12, Stellenplannummer 005.5201.124. Für die Jugendarbeit Derendingen wurde im Jahr 2010 eine 0,5-Stelle besetzt (Vorlage 253/2010)
Epl. 4	4601		Förderung der Jugendhilfe										
257	4601	7050	Zuschüsse an Einrichtungen der Jugendhilfe	112.670								SPD: HH-Vermerk: Daraus Sicherstellung der Fortführung der Hausaufgabenbetreuung des Kinderschutzbundes	

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2011

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne 14	CDU 8	SPD 7	FDP 3	Linke 3	UFW 3	W.U.T. 2	Bemerkungen	Stellungnahme der Verwaltung
Epl. 4	4642		Kindergärten und Kinderhäuser										
260	4642	1100	Betreuungsgebühren	2.708.000					-800.000			LINKE: Erstes Kindergartenjahr gebührenfrei. Das Gebührensystem bei der Kinderbetreuung muss vereinfacht und sozial gerechter werden. 1.000 € Schritte beim Familieneinkommen (linear) und bis 20.400 € Jahreseinkommen keine Gebühren. (Anmerkung: 800 T€ für kostenfreies erstes Kindergartenjahr; Berechnung der Verwaltung)	
260	4642	4000	Personalausgaben	15.524.210					+13.000			LINKE: 0,28 Stelle Fachdienst Migration, keine Stellenstreichung	
212 260	2911 4642	4000 4000	Schulkindbetreuung Personalausgaben Kitas Personalausgaben	2.163.170 15.524.210					+20.000 +100.000			LINKE: Erzieherinnen Verfügungszeiten wieder erhöhen Bildungsauftrag kann nicht umgesetzt werden. Gesetzliche Vorgaben für Kinderbetreuung unter 15 Stunden müssen auch in Tübingen eingehalten werden.	Erhöhung Verfügungszeiten Schulkindbetreuung: Jahr 2011: +20.000 € Jahr 2012: +33.000 € ab Jahr 2013 jährlich: +46.000 € Erhöhung Verfügungszeiten Kitas: Jahr 2011: +100.000 € Jahr 2012: +223.000 € ab Jahr 2013 jährlich: +346.000 €
260	4642	+++ +	Eingruppige Kita-Einrichtungen									LINKE: Keine Schließung von eingruppigen Einrichtungen in der Kinderbetreuung, solange kein Ersatz geschaffen ist.	Keine Schließung Kita Mauerstraße Konsolidierungsvorschlag 5_27 Jahr 2012: +39.500 € ab Jahr 2013 jährlich: +118.500 €
261	4642	7000	Zuschüsse an nichtstädtische KIGA	10.343.000					+32.000			LINKE: Kleine freie Träger werden nicht zur Haushaltskonsolidierung herangezogen. (Vorlage 901b/10 5_24)	Der Anteil der kleinen freien Träger an der HH-Konsolidierung beträgt +32.000 €.
Epl. 4	4700		Förderung der Wohlfahrtspflege										
266	4700	7000	Zuschüsse an soziale Einrichtungen	209.860		+44.000					+44.000	CDU: Rücknahme der Kürzung, Ansatz wie RE 2009. UFW: Keine Kürzung	Bei dieser HH-Stelle wurde keine Kürzung vorgenommen. Der Rückgang des Planansatzes ab dem Jahr 2010 resultiert aus Umschichtungen von Zuschüssen auf andere HH-Stellen (siehe hierzu Vorl. 62/2010). Gemäß der vom Gemeinderat beschlossenen Haushaltskonsolidierung werden die Zuschüsse erst ab dem Jahr 2012 gekürzt.
Epl. 4	4701		Sonstige Maßnahmen der Gesundheitspflege										
267	4701	7020	Zuschüsse an Einricht. der Krankenhilfe	119.900					+10.000			LINKE: AK Leben, Online Jugendberatung	
Epl. 5	5500		Förderung des Sports										
270	5500	7000	Zuschüsse zur Förderung von Vereinen und Organisationen	203.000								LINKE: Sportvereine müssen entsprechend der Zusagen der Stadt erhöhte Förderung für stark gestiegene Hallengebühren ersetzt bekommen.	Die Verwaltung steht zu der Zusage, dass die Einführung der Hallenentgelte für Kinder- und Jugendsport durch eine Erhöhung der städtischen Sportförderung für Kinder und Jugendliche ausgeglichen wird (siehe Vorlagen 451/2009 und 22/2010). Die Verwaltung wird noch vor der Sommerpause über die Entwicklung berichten.
Epl. 5	5611		Paul Horn-Arena und Sporthalle WHO										
274	5611	7150 000	Zuschuss an TSBG mbH	497.500								LINKE: Übernahme der Sporthallenbetriebsgesellschaft durch die Stadtwerke.	Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Verrechnung der Verluste der SporthallenbetriebsGmbH mit den Gewinnen der swt (steuerlicher Querverbund) sind nicht erkennbar. Nach § 4 KStG muß zwischen den Stadtwerken und der SporthallenbetriebsGmbH eine "nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse objektiv enge wechselseitige technisch-wirtschaftliche Verflechtung von einigem Gewicht" bestehen.
274	5611	7150 300	Rücklagenverwendung aus Sponsoringvertrag Horn	0	+15.000							AL/Grüne: Sperrvermerk über 15.000 €, Freigabe für innovative Sportprojekte der Tübinger Sportvereine. (Anmerkung: HH-Ansatz 0 € laut zweiter Änderungsliste der Verwaltung, daraus abgeleitet Antrag +15.000 €)	

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2011

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne 14	CDU 8	SPD 7	FDP 3	Linke 3	UFW 3	W.U.T. 2	Bemerkungen	Stellungnahme der Verwaltung
Epl. 6 6300			Gemeindestraßen										
286	6300	5100	Unterhaltung und Instandsetzung von Straßen und Brücken	830.000						+170.000		UFW: Instandsetzung von Gemeindestraßen	
286	6300	6753	Ersätze an Eigenbetrieb KST	2.525.000		+60.000				+60.000		CDU: Erhöhung Ansatz für angemessenen Winterdienst in der Altstadt UFW: Mehr Winterdienst in der Altstadt	
Epl. 6 6700			Straßenbeleuchtung										
290	6700	5480	Stromkosten	490.000			-10.000					SPD: Schnellere Umsetzung des Konzepts für andere Beleuchtungszeiten, -40 T€ in den Jahren 2012 - 2014	Da die Umsetzung reduzierter Beleuchtungszeiten nicht ohne breite Bürgerbeteiligung möglich sein wird und ein längerer planerischer Vorlauf notwendig ist, hält die Verwaltung eine schnellere Umsetzung des Konzeptes für nicht realistisch.
Epl. 7 6800			Parkierungseinrichtungen										
292	6800	1110	Parkgebühren	2.100.000					-300.000			LINKE: Zurückführen auf Ansätze 2009	
Epl. 7 7500			Bestattungswesen										
298	7500	7150	Zuschuss an Eigenbetrieb	65.000					+50.000			LINKE: Keine Erhöhung der Bestattungsgebühren (Anmerkung: Grobe Schätzung des Betrags durch Verwaltung)	
Epl. 7 7800			Förderung der Landwirtschaft										
305	7800	7180	Weinbauabgabe	0		+1.200						CDU: Geringe Mittel sind symbolisch für die Unterstützung der Wengerter für deren wichtige Arbeit zur Erhaltung der wertvollen Kulturlandschaft, Rücknahme der Kürzung.	
Epl. 7 7900			Fremdenverkehr										
306	7900	6630	Projektmittel zur Förderung des Radtourismus	0	+10.000							AL/Grüne: Strategie weiter verfolgen. Evtl. für Fahrradboxen	
Epl. 7 7950			Wirtschafts- und Gewerbeförderung										
312	7950	7152	Zuschuss an Bio Regio Stern Management GmbH	91.670								LINKE: Haushaltswirksam ab 2012, Begründung: Erwiesene Ineffektivität, Entbürokratisierung	
312	7950	7153	Zuschuss Standortagentur TÜ- RT-Neckar-Alb GmbH	11.400									
Epl. 8 8300			Stadtwerke										
314	8300	2100	Jahresgewinn	1.462.120		+20.000						CDU: Höherer Jahresgewinn an Stadt, durch Verzicht auf neue Aufgabe des Mobilitätsmanagements. Ansatz 1/3 einer Stelle, da zunächst mit Zuschüssen gerechnet wurde.	
Epl. 9 9000			Steuern, Zuweisungen, Umlagen										
322	9000	0010	Grundsteuer B	15.100.000					-4.310.000			LINKE: Angleichung an die Hebesätze der Stadt Reutlingen (Anmerkung: 400 %; Berechnung der Verwaltung)	
322	9000	0030	Gewerbesteuer	26.200.000								CDU: Keine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes. Wegen guter Konjunktur bleibt HH-Ansatz trotzdem erhalten wegen zu erwartender Mehreinnahmen. FDP: Erhöhung auf 380 Punkte wird abgelehnt, Ansatz unverändert lassen, da günstige konjunkturelle Entwicklung. UFW: Hebesatz nicht erhöhen, Mehreinnahmen durch Konjunktur WUT: Keine Erhöhung des Hebesatzes; auch ohne Erhöhung des Hebesatzes wird die Größenordnung des HH-Ansatzes erreicht werden.	Der Stand der Vorauszahlungen 2011 mit Hebesatz 360 % beträgt am 15.02.2011: 23.039.000 €.
322	9000	0220	Hundesteuer	230.000		+90.000						CDU: Einnahmenansatz zu gering. Es kann nicht sein, dass in der Stadt nur knapp 1.600 Hunde vorhanden sind. Das ergibt aber die Division des Ansatzes mit der Hundesteuer in Höhe von 144 €. Deshalb wie in Stuttgart mit privater Firma auf Erfolgsprämienbasis nicht gemeldete Hunde ermitteln.	
Epl. 9 9100			Allgemeine Finanzwirtschaft										
324	9100	8500	Deckungsreserve Klimaschutz	50.000		-25.000						CDU: Halbierung des Ansatzes. Hier werden Unmengen von Druckerzeugnissen erstellt. In Zeiten des Internets reicht die Hälfte des Ansatzes absolut aus und trägt außerdem zur Schonung der Umwelt bei.	Aus der Deckungsreserve wurden 2010 lediglich ein einziges Druckerzeugnis - der Informationsflyer "Radfahren in Tübingen" - bezahlt (2.125 €)

2. Änderungsanträge der Fraktionen zum Vermögenshaushalt 2011 und Investitionsprogramm														
Seite	UA	Grp.	Vorhaben	Bezeichnung der HHSt.	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne 14	CDU 8	SPD 7	FDP 3	LINKE 3	UFW 3	W.U.T. 2	Bemerkungen	Stellungnahme der Verwaltung
Epl. 0	0200			Fachabteilung Kommunales										
333	0200	9450	1030	Baukosten, Sanierung Rathaus	890.000							-75.000	W.U.T.: Klärung, ob eine Sanierung der Fenster in historischer Fassade dringend erforderlich ist. Nur bei positivem Ergebnis wäre diese Maßnahme berechtigt. Andernfalls gänzlich streichen.	Die bauphysikalischen Bedenken sind aufgrund der vorhandenen Nutzung und Konstruktion unbegründet (kaum Feuchteintrag, großes Luftvolumen).
Epl. 1	1100			Öffentliche Ordnung										
344	1100	9352	0101	Geschwindigkeitsmessfahrzeuge	120.000							-120.000	W.U.T.: Sehr hohe Investition. Auch für 2012 und 2013 streichen. (Anmerkung: Es handelt sich um insgesamt sechs stationäre Meßanlagen, die 2011, 2012 und 2013 beschafft werden sollen)	Vorschlag aus dem Projekt "Minus 10 Prozent"; die Verwaltung geht davon aus, dass die Anlagen rentierlich sind.
344	1100	9350	1300	Geschwindigkeitsmessanlage, Kilchberg	90.000							-90.000	W.U.T.: Sehr hohe Investition.	Die Anlage ist für Kilchberg schon lange angemeldet; die Verwaltung geht davon aus, dass die Anlage rentierlich ist.
Epl. 1	1300			Feuerlöschwesen										
345 346	1300	9400	1101 1810 1910	Planungsraten Lustnau, Bebenhausen, Pfrondorf	0								SPD: HH-Vermerk: Planung in 2011, Beginn 2014, Fortsetzung 2015; Summe ca. 2 Mio.€	Nach dem Feuerwehrbedarfsplan sind die derzeitigen Standorte der Abteilungen notwendig, um die Eintreffzeiten sicherzustellen. Gleichzeitig werden die genannten Feuerwehrhäuser als nicht ausreichend eingestuft.
Epl. 2	2114			Grundschule auf der Wanne										
352	2114	9450	1000	Baukosten	600.000				-600.000				FDP: Angesichts der hohen Priorität des Erweiterungsbaus des Umlandgymnasiums und Neubaus für den Lindenbrunnenpavillon müssen die Baumaßnahmen an der Wanne-Grundschule verschoben werden. In 2012 160.000 € streichen	
Epl. 2	2116			Französische Schule										
354	2116	9450	1010	Baukosten, Energetische Generalsanierung	20.000		-20.000	-20.000				-20.000	CDU: Maßnahme schieben, bis Klarheit über beantragten Schulversuch wegen möglichen Auswirkungen auf Raumprogramm. SPD: Um zwei Jahre schieben UFW: Maßnahme schieben, Schulversuch noch nicht genehmigt, daher Raumprogramm noch nicht bekannt.	
Epl. 2	2211			Walter-Erbe-Realschule										
363	2211	xxxx	1150	Generalsanierung und Brandschutz									SPD: HH-Vermerk: Chemiesaal vor Fenster	Zusage, der Bauablauf ist vorgesehen wie beantragt.
Epl. 2	2310			Umland-Gymnasium										
364	2310	9400	1010	Planungs- und Baukosten	4.000.000 ^{VE}							-4.000.000 ^{VE}	W.U.T.: Bedarf klären, Abbruch Casa Nova	
Epl. 2	2320			Kepler-Gymnasium										
365	2320	9450	1020	Baukosten	1.916.000								AL/Grüne: 2012 Minus 300 T€, Kostenüberschreitung 2011 wird gegenfinanziert durch eine Reduktion der ergänzend geplanten Maßnahmen 2012, es bleiben 390 T€ in 2012 FDP: Angesichts der hohen Priorität des Erweiterungsbaus des Umlandgymnasiums und Neubaus für den Lindenbrunnenpavillon müssen die Baumaßnahmen verschoben werden. Zusatzaufwand -690.000 in 2012 streichen	

2. Änderungsanträge der Fraktionen zum Vermögenshaushalt 2011 und Investitionsprogramm															
Seite	UA	Grp.	Vorhaben	Bezeichnung der HHSt.	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne 14	CDU 8	SPD 7	FDP 3	LINKE 3	UFW 3	W.U.T. 2	Bemerkungen	Stellungnahme der Verwaltung	
Epl. 2	2350			Carlo-Schmid-Gymnasium											
xxx	2350	9xxx	xxxx	Planung Erweiterung	0			+20.000					SPD: Planung Erweiterung	Die Verwaltung wird noch vor der Sommerpause im Rahmen des Bildungsberichts über die Entwicklung der Schülerzahlen und den Raumbedarf des Carlo-Schmid-Gymnasiums berichten.	
Epl. 3	3400			Sonstige Kunstpflege											
379	3400	9870	1000	Baukostenzuschuss, Sudhaus	1.000.000		VE +500.000						CDU: In MiFriFi zusätzlich für 2012 500 T€ einstellen, da HH-Ansatz für Saalanbau nicht ausreicht HH-Ansatz als VE in 2011 500 T€ UFW: Zusätzlich 500.000 in MiFriFi einsetzen	Für die Ausweitung/Vergrößerung des derzeitigen Saals sind mindestens weitere 900.000 € notwendig.	
Epl. 3	3410			Heimatkpflege											
380	3410	xxxx	xxxx	Geschichtspfad	0	+18.000		VE +25.000					AL/Grüne: 10.000 € für Konzept. Sperrvermerk über 8000 € für Stelen o.ä. nach Vorstellung des Konzepts, Mitfinanzierer für die Stelen suchen SPD: VE: 25.000 für 2012		
Epl. 4	4600			Jugendhäuser/Offene Jugendarbeit											
385	4600	9500	1000	Baumaßnahmen, Jugendcafé Innenstadt	0	+100.000		+50.000					AL/Grüne: Provisorische Herstellung der Räumlichkeiten am Hauptbahnhof für einige Jahre. Personal ab 2012. SPD: HH-Vermerk: Planungskosten, Prüfung z.B. Standort Foyer; 2012 250 T€	Nach Ansicht der Verwaltung sind mindestens 300.000 € für den Ausbau erforderlich (siehe Vorl. 516a/2010). Außerdem entstehen laufende Mietkosten von jährlich 38.400 €. Eine provisorische Herstellung mit mind. 100.000 € lässt nur eine nutzungseingeschränkte Einrichtung auf unterstem Standard zu (ohne Barrierefreiheit, gaststättenrechtliche Erlaubnis, WC-, Heizungs-, Elektro-Sanierung) d.h. Jugendtreff statt Jugendcafé.	
Epl. 5	5600			Sportplätze											
395	5600	9550	1400	Sportplatz Bühl	0		VE +400.000						CDU: Generalsanierung Sportplatz Bühl, Beginn 2012; VE 2011 in Höhe von 400 T€ SPD: Umsetzung im Finanzplanungszeitraum 2013/2014	Die Kostenermittlung für die erste Vorentwurfsplanung vom Mai 2008 endete mit Gesamtkosten in Höhe von 835.000 € abzüglich der zu erwartenden Zuschüsse in Höhe von 150.000 € und einem zu erwartenden Eigenanteil aus Spenden von 40.000 €. Kunstrasenplatz und Sanierung Rasenspielfeld können nicht unabhängig voneinander ausgeführt werden.	
Epl. 6	6300			Gemeindestraßen											
408	6300	3613	0101	Zuschuss des Landes für Radwege	250.000			-50.000	-75.000				-125.000	SPD: Erhöhung der Ausgaben für das Radwegebauprogramm nur auf 400 T€ pro Jahr FDP: Der Aufwand ist auf 350 T€ zu reduzieren, ebenfalls in der MiFriFi 2012 - 2014. W.U.T.: Gleichgewicht zwischen Radwegen und Barrierefreiheit herstellen	Das "Gesetz über Zuwendung des Landes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - LGVFG)" ist seit dem 01. Januar 2011 in Kraft. Zum ersten Mal sind damit kommunale Radwege unabhängig von großen Straßenbauvorhaben förderfähig. Die Verwaltung bereitet derzeit Maßnahmen für einen entsprechenden Antrag vor.
		9508		Radwegebauprogramm	500.000			-100.000	-150.000				-250.000		
408	6300	9500	0101	Barrierefreie Maßnahmen	80.000	-10.000		-10.000					+90.000	AL/Grüne: Zur Gegenfinanzierung von Maßnahmen zur sozialen Teilhabe, siehe Vorschlag Koordinationstreffen; Verwaltungshaushalt SPD: Gegenfinanzierung für barrierefreie Maßnahmen außerhalb des Baubereichs; Verwaltungshaushalt W.U.T.: Gleichgewicht zwischen Radwegen und Barrierefreiheit herstellen	
408	6300	9504	0101	Aktivierung Fußwegeverbindungen	0	+50.000								AL/Grüne: 1. Rate zur Umsetzung des Konzepts	

2. Änderungsanträge der Fraktionen zum Vermögenshaushalt 2011 und Investitionsprogramm

Seite	UA	Grp.	Vorhaben	Bezeichnung der HHSt.	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne 14	CDU 8	SPD 7	FDP 3	LINKE 3	UFW 3	W.U.T. 2	Bemerkungen	Stellungnahme der Verwaltung
408	6300	3500	1004	Erschließungsbeiträge, Teilausbau äußere Rappenberghalde	0								SPD: Keine Umsetzung im Finanzplanungszeitraum	
		9541		Erschließungsmaßnahme, Teilausbau äußere Rappenberghalde	0									
409	6300	3610	1034	Zuweisungen des Landes nach dem GVFG	200.000		-200.000				-200.000		<p>CDU: Maßnahme schieben. Zuerst muss mittels angekündigtem Bürgerentscheid zur Mühlstraße geklärt werden, wie der Verkehr im südlichen Stadtzentrum erfolgen wird. Das gilt auch für den Europaplatz, bei dem ja gemäß Verwaltung die gesamte Planung in diesem Gebiet nochmals offen diskutiert werden soll. Dadurch werden in 2011 ganz bestimmt keine Maßnahmen erfolgen können. Somit auch VE in Höhe von 930TE streichen, es wird alles geschoben.</p> <p>FDP: Kann angesichts des umfangreichen Beteiligungsprozesses gestrichen werden. Rücknahme der Erhöhung aus Änderungsliste.</p> <p>UFW: Zinserdreieck keine Einzelmaßnahme, Gesamtverkehrsführung erforderlich, einschließlich Infrastrukturentwicklung, möglicherweise Bürgerentscheid, deshalb 2011 keine Ausgaben.</p> <p>W.U.T.: Projekt schieben, bis Konzept Europaplatz und Mühlstraße steht.</p>	<p>Die Verkehrsführung im Zinserdreieck ist grundsätzlich entschieden, zur Diskussion in der Bürgerschaft stehen daher insbesondere die Funktionen und die Ausgestaltung der öffentlichen Räume. Für 2011 sind folgende Ansätze vorgesehen: Restliche Mittel für die Busbereitstellungsfläche Europaplatz in Höhe von ca. 115.000 €, der für die Einfahrt in den Busbahnhof erforderliche Grunderwerb im Bereich des Europaplatzes mit einer Größenordnung von etwa 156.000 € (aufgrund aktuell verfügbarer Fördermittel von Seiten des RP sollte dieser in 2011 erfolgen), Ausführungsplanung zur Umgestaltung der Poststraße als erstem Bauabschnitt in Höhe von 120.000 € (da die Stadtwerke aufgrund des Sanierungszustands eine lange verschobene Erneuerung von Leitungen in der Poststraße spätestens in 2012 durchführen müssen), sowie etwa 100.000 € zur Durchführung der Beteiligungsverfahren, der Vorbereitung der Entwurfsplanung sowie zur Strukturierung und Steuerung des Projektes. Die vorgesehenen Beteiligungsverfahren stellen diese Ansätze nicht in Frage. Die Verkehrsfunktion der Mühlstraße hat keine Bedeutung für die Umgestaltung des Zinserdreiecks, da zur Bemessung der Flächen Bus und LKW die bestimmenden Fahrzeuggrößen sind.</p>
		9550		Änderung der Verkehrsführung, Zinserdreieck	491.000		-250.000	-241.000	-250.000	-250.000				
					930.000 VE		-930.000 VE							
410	6300	9550	1050	Baukosten, Verkehrsber. Geschäftsbereich Herrenberger Straße	50.000		-50.000				-50.000		<p>CDU: Wie Zinserdreieck, sollte es zur Sperrung der Mühlstraße bzw. der Eberhardsbrücke keine wahrnehmbaren Auswirkungen auf die Herrenberger Straße westlich der Belthlestraße. Die vorgesehenen Maßnahmen haben unabhängig von einer Entscheidung zur Mühlstraße das Ziel, die Durchfahrt durch die Herrenberger Straße zu erschweren, damit Verkehr zu reduzieren und die Querungsbezüge zwischen Marquardtei und Freiacckerstraße zu verbessern.</p>	
412	6300	9500	1700	Kreisverkehr, Ebenhalde Hagelloch	65.000				-65.000			-65.000	<p>FDP: Auf die Einrichtung eines Kreisverkehrs bei der Ebenhalde ist vorläufig zu verzichten.</p> <p>W.U.T.: Sperrvermerk, Projekt zurückstellen, bis Mittel ohne weitere Verschuldung zur Verfügung stehen.</p>	

2. Änderungsanträge der Fraktionen zum Vermögenshaushalt 2011 und Investitionsprogramm

Seite	UA	Grp.	Vorhaben	Bezeichnung der HHSt.	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne 14	CDU 8	SPD 7	FDP 3	LINKE 3	UFW 3	W.U.T. 2	Bemerkungen	Stellungnahme der Verwaltung
Epl. 6	6800			Parkierungseinrichtungen										
415	6800	9501	0101	Anlagen zur Parkraumbewirtschaftung	250.000							-212.500	W.U.T.: Ausführungen siehe Antrag W.U.T.	Die bisherigen Parkscheinautomaten (PSA) sind zwischenzeitlich so veraltet, dass in absehbarer Zeit keine Ersatzteile mehr auf dem Markt sein werden. Dazu kommt, dass sie den Sicherheitsanforderungen nicht mehr genügen (regelmäßige Aufbrüche).
415	6800	3610	1000	Parkleitsystem, Zuschuss vom Land	205.000	-205.000			-205.000			-415.000	AL/Grüne: Kosten nicht vertretbar bei zweifelhaftem Nutzen FDP: Auf die Einrichtung eines Parkleitsystems ist vorläufig zu verzichten W.U.T.: Sperrvermerk, Überarbeitung der Gesamtbeschilderung in Tübingen	Siehe Vorlagen: 75d/2010, 75e/2010, 75i/2010 und 53/2011
		3650		Parkleitsystem, Anteil swt	100.000	-100.000			-100.000					
		9600		Parkleitsystem	620.000	-620.000			-620.000					
Epl. 6	6900			Wasserläufe, Wasserbau										
416	6900	9520	1400	Hochwasserschutz Bühl	0								CDU: Vorziehen nach 2012, MiFiFi anpassen in 2012 450 T€ und in 2013 450 T€ UFW: MiFiFi vorziehen	Die Zeitschiene für die Genehmigung des Vorhabens ist noch völlig offen. Umsetzung in 2012 sicher noch nicht möglich, da verändertes Konzept noch erarbeitet, abgestimmt und genehmigt werden muss.
Epl. 7	7921			Öffentlicher Personennahverkehr										
428	7921	9500	0101	Straßenbauliche Maßnahmen	65.000								FDP: Die Ansätze sind auf den langjährigen Durchschnitt von 55 T€ zu verringern (-50 T€ 2011 und -40 T€ 2012)	Nach wie vor besteht ein hoher Erneuerungsbedarf an bisher nicht mit Sonderborden ausgestatteten Haltestellen. Darüberhinaus sind z.B. in der Haußerstraße alle Haltestellen immer noch provisorisch.
428	7921	9510	0101	ÖPNV-Maßnahmen	40.000				-50.000				AL/Grüne: HH-Vermerk, davon 5.000 € für Licht an bisher unbeleuchteten Haltestellen FDP: Die Ansätze sind auf den langjährigen Durchschnitt von 55 T€ zu verringern (-50 T€ 2011 und -40 T€ 2012)	
428	7921	9550	1010	Planungs- und Baukosten, Umgestaltung Europaplatz/ZOB	100.000				-100.000				FDP: Aufwendungen für die Umgestaltung des Europaplatzes sind angesichts des Beteiligungsprozesses (siehe Zinsdreieck) auf 2013 zu verschieben -300 T€ 2012 und -400 T€ 2013	Für den Beteiligungsprozess sollen verschiedene Varianten der Organisation des Busbahnhofes sowie der öffentlichen Flächen untersucht, ein möglicher Bauablauf und ein detaillierterer Kostenrahmen entwickelt werden. Darüber hinaus sind Mittel zur Strukturierung und Steuerung des Projektes erforderlich. Ohne diese Ansätze kann keine fundierte Entscheidung vorbereitet werden.
Epl. 6	6157			Sonderhaushalt, Sanierungsgebiet Östlicher Altstadtrand										
441	6157	9500	0140	Erschließung / Umgestaltung Mühlstraße, Ordnungsmaßnahmen	930.000								W.U.T.: Treppe und Weg auf der Mauerkrone streichen. Es muss eine Alternative gefunden werden. Ansatz weitgehend streichen.	Unabhängig von Weg und Treppe müssen aus statischen Gründen die historischen Stützmauern am Schulberg saniert werden. Die Mauersanierung ist aber nur im Zusammenhang mit der Herstellung einer Wegeverbindung förderfähig, so dass für den städtischen Haushalt die Herstellung beider Maßnahmen wirtschaftlicher ist als ein Verzicht auf die Wegeverbindung. Die Herstellung der Treppe ist dabei funktional und fördertechnisch nicht zwingend erforderlich, alternativ wäre auch eine Schließung der Stadtmauer möglich. Einer Kostenreduzierung von etwa 92.000 € gemäß Kostenschätzung stünden etwa 45.000 € für die Schließung der Mauer gegenüber. Unter Berücksichtigung der Fördermittel ergibt dies eine Einsparung für den städtischen Haushalt von etwa 18.000 €.